

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-5-413

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland

Die Diskussion über Dynamiken sozialer Ungleichheit in dieser Zeitschriftenausgabe umfasst auch die Frage, wie sich die materielle Ungleichheit in Deutschland während der letzten Jahrzehnte entwickelt hat und wie die Einkommen und Vermögen derzeit verteilt sind. Der nachfolgende Beitrag gibt einen Überblick über die aktuelle Datenlage. Dabei wird deutlich, wie ungleich die Einkommen und vor allem die Vermögen verteilt sind und dass die Einkommensungleichheit im Zeitraum seit der Wiedervereinigung merklich angestiegen ist. Daher gilt es zu fragen: Worin liegen die Ursachen dieser Entwicklungen und wie kann ihnen begegnet werden?

ANITA TIEFENSEE, DOROTHEE SPANNAGEL

1 Einleitung

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland steht seit langem im Zentrum wissenschaftlicher und politischer Aufmerksamkeit, und auch die öffentliche Debatte hat in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen – nicht zuletzt durch die Bücher von Thomas Piketty (2014) und Branco Milanovic (2016). Der Fokus hat sich dabei über die Jahre erweitert. Noch bis in die 2000er Jahre hinein ging es vor allem um Menschen, die in Armut leben. Nach und nach wurden dann auch Personen am oberen Ende der Verteilung in den Blick genommen und neben dem Einkommen auch das Vermögen untersucht. Dabei sind auch Erbschaften und Schenkungen als eine Quelle von Vermögen in den Blickpunkt gerückt. Zudem wurden immer stärker Prozesse sozialer Mobilität im Lebensverlauf und zwischen Generationen aufgegriffen. Sehr deutlich lässt sich die Veränderung der Perspektiven der Verteilungsforschung an den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung ablesen (BMAS 2001, 2008, 2013, 2017; BMGS 2005).

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland seit der Wiedervereinigung und geht auf die Literatur zu den Ursachen dieser Veränderungen ein (Abschnitt 2). Zudem stellen wir den aktuellen Stand der Vermögensverteilung dar und erörtern Erbschaften und Schenkungen als wichtige Determinanten der Verteilung von Vermögen (3). Abschließend werden wir Forschungs- und Datenlücken identifizieren und politische Handlungsempfehlungen zur Reduzierung von Ungleichheit diskutieren (4).

2 Verteilung der Einkommen in Deutschland

Einkommen stehen in Debatten über Ungleichheit regelmäßig im Mittelpunkt. Es gibt zwei wesentliche Bezugsgrößen, wenn über Einkommen und deren Ungleichverteilung gesprochen wird: Markteinkommen und verfügbare Einkommen. Das Markteinkommen umfasst sämtliche Erwerbseinkommen aus selbstständiger Arbeit und abhängiger Beschäftigung sowie Kapital- und Vermögenseinkommen, private Transfers, private Renten und den Mietwert aus selbstgenutztem Wohneigentum. Markteinkommen sind also die Einkommen vor staatlichen Transfers, Abgaben und Steuern. Entscheidend für die tatsächliche Ungleichheit eines Landes respektive für den Lebensstandard eines Einzelnen sind jedoch die verfügbaren Einkommen. Sie umfassen neben den Markteinkommen auch Transferzahlungen wie staatliche Versicherungsleistungen, die auf früheren Arbeitseinkommen basieren (z. B. Rentenzahlungen oder Arbeitslosengeld I), sowie weitere staatliche Zahlungen (z. B. Kindergeld oder Arbeitslosengeld II). Steuern und Abgaben werden davon abgezogen. Das verfügbare Einkommen ist das Einkommen, das einem Haushalt tatsächlich zur Verfügung steht. Es ist damit ein Indikator, aus dem sich der (potenzielle) Lebensstandard eines Haushalts ableiten lässt. Um die Einkommen zwischen verschiedenen Haushaltsgrößen vergleichbar zu machen und die Einsparvorteile des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, werden diese nach der neuen OECD-Äquivalenzskala gewichtet.¹ Für den intertemporalen Vergleich werden die Einkommen zudem inflationsbereinigt.

Um materielle Ungleichheit zu messen, wird in der Literatur zumeist der Gini-Koeffizient verwendet. Er nimmt Werte zwischen null (wenn alle Personen in einer Gesellschaft über gleich viele Ressourcen verfügen) und eins an (wenn eine Person alles besitzt und alle anderen nichts).² Eine gängige und auch in diesem Beitrag verwendete Datengrundlage, um in Deutschland materielle Ungleichheit zu messen, ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Es erfasst jährlich Informationen zum Einkommen von Personen und Haushalten seit 1984 (seit 1991 ebenfalls für Ostdeutschland) und enthält seit 2002 alle fünf Jahre Angaben zum Vermögen (Wagner et al. 2008). Ein Nachteil der SOEP-Daten liegt darin, dass die Ränder der Einkommens- und Vermögensverteilung unterschätzt werden. Gerade der obere Rand ist von besonderer Bedeutung, da er einen Großteil der materiellen Ressourcen auf sich vereint. Höchste Einkommen und insbesondere sehr hohe Vermögen sind hier – wie in allen Bevölkerungsumfragen – untererfasst (vgl. dazu auch Unger et al. 2013, S. 56–59). Dafür gibt es vielfältige Ursachen: Haushalte an der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung sind in den Umfragen häufig nicht repräsentativ vertreten, einige verweigern die Teilnahme (*unit non-response*) oder geben nicht auf alle Fragen eine Antwort (*item non-response*) bzw. machen ungenaue Angaben. Überdurchschnittlich oft geben Befragte hier die Höhe ihres Einkommens und insbesondere die Höhe ihres Vermögens zu niedrig an. Das geschieht teilweise schlicht aus Unkenntnis, da einzelne Komponenten wie etwa das 13. Monatsgehalt oder eine Anlage aus dem Vermögensportfolio nicht berücksichtigt werden. Teilweise beziffern die Befragten ihr Einkommen und Vermögen aber auch absichtlich zu niedrig, weil sie nicht offenlegen möchten, wie viel sie tatsächlich besitzen. Erschwerend kommt hinzu, dass gerade Vermögen mitunter schwer umfassend zu erheben sind; das trifft etwa im Fall von Betriebsvermögen zu, deren Höhe nicht so einfach exakt anzugeben ist und die nicht immer ganz eindeutig einer Person oder einem Haushalt zuzurechnen sind. Aber auch der genaue Wert von Gebrauchsvermögen, wie etwa von teuren Autos, oder von Kunstgegenständen ist oft schwer zu beziffern. All dies führt dazu, dass durch die Untererfassung am oberen Rand der Einkommens- und Vermögensverteilung auch die Ungleichheit der Verteilung unterschätzt wird. So schätzen Westermeier und Grabka (2015), indem sie die SOEP-Daten um Angaben zu deutschen Dollar-Milliardären aus den *Forbes*-Listen ergänzen, den Vermögensanteil des reichsten Prozents der Haushalte auf rund ein Drittel, während der unkorrigierte Wert aus den SOEP-Daten sich nur auf ein Fünftel beläuft.

Trotz all dieser Einschränkungen belegen die SOEP-Daten einen eindeutigen Trend: Sowohl bei den Markteinkommen als auch bei den verfügbaren Einkommen hat im Zeitraum von 1991 bis 2015 die Ungleichheit zugenommen – bei den Markteinkommen stieg der Gi-

ni-Koeffizient von 0,41 auf 0,49, bei den verfügbaren Einkommen von 0,25 auf 0,29 (*Abbildung 1*).

Die Ungleichheit der Markteinkommen wächst dabei im genannten Zeitraum fast stetig an – mit einer kurzen Stagnation Ende der 1990er Jahre. Zwischen 2005 und 2009 ist dann ein Rückgang zu verzeichnen. Zum aktuellen Rand hin steigt die Ungleichheit jedoch wieder an und liegt aktuell (2016) auf einem ähnlichen Niveau wie Mitte der 2000er Jahre – trotz guter wirtschaftlicher Lage und gestiegener Beschäftigung. Der Anstieg der Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen verläuft wellenförmig. Zunächst wächst die Ungleichheit nur moderat, und Mitte der 1990er Jahre ist sogar ein leichter Rückgang zu registrieren. Ab dem Jahr 1999 steigt die Ungleichheit der Einkommen dann jedoch schnell an. Parallel zu den Markteinkommen erreicht auch die Ungleichverteilung der verfügbaren Einkommen im Jahr 2005 einen Höhepunkt und bleibt bis 2010 auf hohem Niveau stabil bzw. ist leicht rückläufig. Seit 2010 nimmt die Ungleichheit tendenziell wieder etwas zu und liegt aktuell wieder auf etwa dem gleichen Niveau wie Mitte der 2000er Jahre. Betrachtet man die Ungleichheit über einen längeren Zeitraum, erkennt man, dass sie aktuell einen historischen Höchststand erreicht: Seit ihrem bislang niedrigsten Niveau in den 1970er Jahren (in der damaligen Bundesrepublik) waren die verfügbaren Einkommen in Deutschland niemals so ungleich verteilt, wie sie es heute sind – und das trotz der aktuell sehr guten konjunkturellen Lage (Spannagel 2015, Becker/Hauser 2003).

In Ostdeutschland ist die Einkommensungleichheit weiterhin niedriger als im Westen des Landes – hier zeigt sich anhaltend das Erbe der sehr egalitären Einkommensstruktur aus der DDR-Zeit. Der Hauptunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland besteht darin, dass im Osten die Einkommen am oberen Rand weniger stark gespreizt sind, am unteren Rand hingegen stärker (Goebel/Krause 2016).

In der Literatur werden verschiedene Ursachen für die gestiegene Ungleichheit diskutiert und drei Wirkungskanäle identifiziert: zum ersten Einflüsse, die direkt die Markteinkommen verändern, zweitens Veränderungen der Haushalte im Hinblick auf sozioökonomische Faktoren sowie drittens die staatliche Umverteilung (Horn et al. 2017). Die Einkommen aus abhängiger Beschäfti-

1 Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird der Gewichtungsfaktor 1 zugewiesen. Weitere Personen ab 14 Jahren erhalten ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

2 Der Gini-Koeffizient ist vergleichsweise sensitiv im mittleren Bereich der Verteilung, jedoch relativ wenig sensitiv an deren Rändern (OECD 2013a, S. 170f.). Deshalb sollten die Entwicklungen an den Verteilungsrändern möglichst separat in den Blick genommen werden, wie das in diesem Beitrag anhand der Einkommensarmuts- und Reichtumsquoten geschieht.

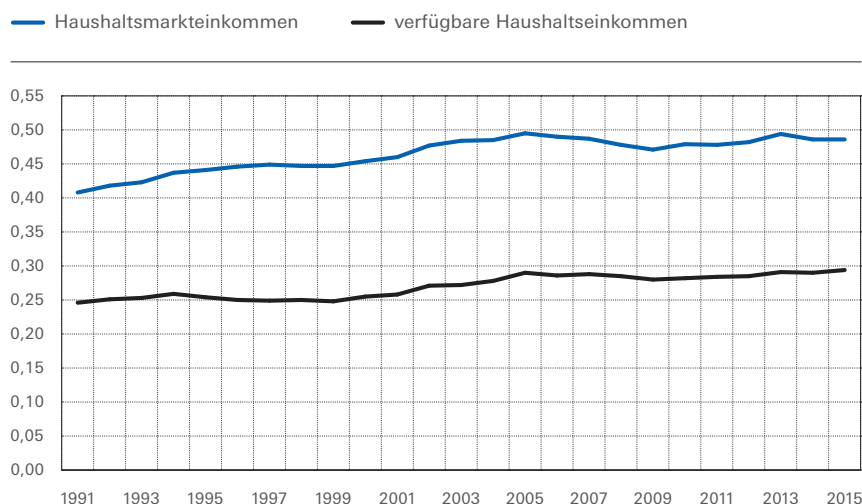
gung stellen den größten Anteil der Markteinkommen; Veränderungen an dieser Stellschraube spielen somit eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der Ungleichheit sowohl bei den Markt- wie auch bei den verfügbaren Einkommen. Die Lohnungleichheit ist am oberen Rand der Verteilung in den letzten Jahrzehnten aufgrund des technischen Fortschritts gestiegen – er führte zu einer erhöhten Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (Dustman et al. 2009). Zudem entfallen infolge technischer Entwicklungen qualifizierte Routinetätigkeiten im mittleren Lohnsegment. Auch das verstärkt die Lohnungleichheit, wenngleich sich über das Ausmaß dieser Entwicklung unterschiedliche empirische Evidenz findet (vgl. ebd.; Eichhorst et al. 2015). Ferner sind eine rückläufige Tarifbindung und der damit einhergehende Anstieg des Niedriglohnssektors am unteren Rand der Verteilung Treiber dieser Entwicklung (Bosch/Kalina 2017; OECD 2013b). Insgesamt sind die Bruttostundenlöhne der unteren Dezile zwischen 1995 und 2015 real gesunken; für die oberen Lohngruppen sind sie gestiegen, und in der Mitte stagnierten sie (BMAS 2017). Lediglich in den letzten Jahren profitierten auch Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Löhnen und Gehältern von dem Anstieg, was maßgeblich auf die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zurückzuführen ist (Burauel et al. 2017). Allerdings gilt dies nur für die Stundenlöhne – die Monats- und Jahreseinkommen bleiben aufgrund von gegenläufigen Effekten bei den Arbeitszeiten fast unverändert (Grabka/Schröder 2018). Auch Entwicklungen bei den Kapitaleinkünften sind an dieser Stelle relevant. Einkommen aus Vermögen sind vor allem am oberen Rand der Einkommensverteilung konzentriert – treten hier Veränderungen ein, hat das dementsprechend einen großen Einfluss auf die Ungleichheit. Spannagel/Schmid (2015), Rehm et al. (2014) sowie Grabka/Goebel (2013) identifizieren sie als wesentliche Treiber für die Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen vor 2005 sowie für deren Rückgang bis 2009 – dieser wurde entscheidend angetrieben durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Zusammensetzung und Größe der Haushalte hat sich zwar seit der Wiedervereinigung verändert, über den genauen Beitrag zur Erklärung der gestiegenen Ungleichheit herrscht in der Literatur allerdings keine Einigkeit (Peichl et al. 2012; Biewen/Juhasz 2012). Pestel/Sommer (2016, S. 95) kommen in ihrer Analyse zu dem Ergebnis, dass der Wandel der Haushaltsstrukturen – insbesondere der Anteil der Familienhaushalte mit Kindern hat sich seit den 1990er Jahren verringert – keinen signifikanten Einfluss auf die Entwicklung der Ungleichheit hatte. Deutliche Auswirkungen hingegen hatte die steigende partnerschaftliche Homogamie. Immer mehr Partnerschaften bzw. Ehen werden von Personen geschlossen, die einen ähnlichen sozialen und finanziellen Hintergrund haben (Grave/Schmidt 2012). Dieses *assortative mating* verfestigt soziale Ungleichheit und hemmt soziale Mobilität.³

ABBILDUNG 1

Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland, 1991–2015

Gini-Koeffizienten der Haushaltsmarkteinkommen und verfügbaren Haushaltseinkommen
(in Preisen von 2010)



Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

Des Weiteren hat die staatliche Umverteilung bis Mitte der 1990er Jahre noch ungleichheitsdämpfend gewirkt, ab Ende der 1990er Jahre hat die Umverteilungswirkung jedoch abgenommen. Entsprechend konstatieren Bach et al. (2016) für die letzten Jahre eine Umverteilungswirkung über Steuern und Abgaben von unten nach oben.⁴

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit wird vor allem durch Veränderungen an den Rändern der Verteilung, also bei den Einkommensarmen und den Einkommensreichen, getrieben. Als einkommensarm gilt eine Person, wenn sie in einem Haushalt lebt, dem weniger als 60 % des mittleren Einkommens (Median⁵) zur Verfügung steht. Einkommensreichtum wird ab einem verfügbaren Einkommen von mehr als 200 % des Medians angesetzt. Armut und Reichtum sind mithin relative Konzepte, die

3 Spitzenpfeil/Andreß (2014) weisen allerdings für Westdeutschland nach, dass die Zunahme der Einkommensungleichheit zwischen 1984 und 2011 nicht auf eine wachsende Bildungshomogamie in Partnerschaften zurückzuführen ist. Der entscheidende Faktor dürfte damit die finanziell ähnliche Lage der Partner sein.

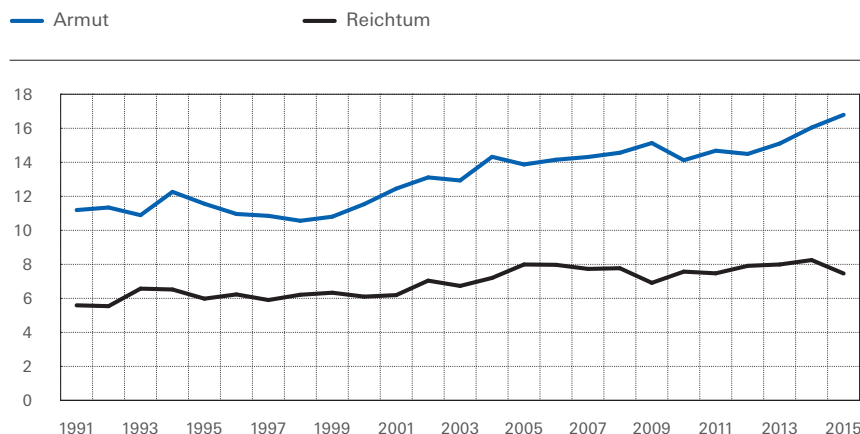
4 Den Einfluss der sich ändernden Anzahl von Haushalten, deren Mitglieder Rentner, arbeitslos oder marginal beschäftigt sind, sowie deren sich ändernde Einkommenslage auf die Verteilung seit 2005 untersuchen Binder und Haupt in diesem Heft.

5 Das Medianeinkommen ist der Einkommenswert, der die untere Hälfte der Einkommensverteilung von der oberen Hälfte trennt.

ABBILDUNG 2

Entwicklung von Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Deutschland, 1991–2015

Prozentualer Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 % (Armut) bzw. von mehr als 200 % (Reichtum) des Median leben



Quelle: SOEP v33, eigene Berechnungen

WSI Mitteilungen

an den mittleren Wohlstand einer Gesellschaft gebunden sind. Außerdem sind sie indirekte Ressourcenansätze, bei denen aus dem Einkommen eines Haushalts auf dessen Lebensstandard geschlossen wird.⁶

Aktuell leben deutlich mehr Menschen in Armut bzw. Reichtum als zu Beginn der 1990er Jahre (*Abbildung 2*). Waren 1991 nur etwas mehr als 11 % der Bevölkerung von Armut betroffen, so sind es aktuell 16,8 %. Der Anstieg vollzieht sich wellenförmig. Mitte der 1990er Jahre sind die Armutsquoten leicht rückläufig, um dann zwischen 1998 und 2009 deutlich von 10,6 % auf 15,1 % anzusteigen. Nach 2009 bleiben die Armutsquoten zunächst recht stabil und steigen dann bis zum Jahr 2015 weiter an – was u. a. auf einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund zurückgeht (Grabka/Goebel 2018). Neben Migranten sind insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder, junge Erwachsene, niedrig Qualifizierte, Arbeitslose sowie zunehmend auch alte Menschen von Armut betroffen (Grabka/Goebel 2018, 2017). In Ostdeutschland sind mehr Menschen von Armut betroffen als im Westen (Grabka/Goebel 2017). Es ist mithin nicht gelungen, angesichts des derzeitigen konjunkturellen Aufschwungs die Armutsquoten zu reduzieren (vgl. auch Spannagel 2015).

Am anderen Ende der Verteilung zeigt sich eine spiegelbildliche Entwicklung: Es gibt immer mehr Einkommensreiche. Ihr Anteil steigt zwischen 1991 und 2015 von rund 5,5 % auf fast 7,5 %. Auch hier findet die stärkste Zunahme Anfang bis Mitte der 2000er Jahre statt. Dabei sind Paarhaushalte ohne Kinder und Einpersonenhaushalte unter den Reichen deutlich überrepräsentiert. Ein hoher Bildungsgrad sowie eine berufliche Tätigkeit, die eine

hohe formale Qualifikation voraussetzt und die gleichzeitig ein hohes Maß an Autonomie aufweist, sind weitere Merkmale, welche die Reichen kennzeichnen (vgl. Spannagel 2013, S. 177ff.).

3 Verteilung der Vermögen in Deutschland

Neben der Verteilung der Einkommen muss auch die der Vermögen betrachtet werden, denn nur beide Ressourcen zusammen bilden das Wohlstandsniveau eines Haushalts adäquat ab. Das Vermögen einer Person oder eines Haushalts besteht aus Sach- und Finanzvermögen (z. B. Immobilien und Aktien). Werden Verbindlichkeiten (z. B. Hypotheken und Kredite) davon abgezogen, erhält man das Nettovermögen. Die bedeutendste Vermögenskomponente der privaten Haushalte in Deutschland ist die selbstgenutzte Immobilie – knapp 40 % der erwachsenen Bevölkerung besitzen selbstgenutztes Wohneigentum (Grabka/Westermeier 2014). Am oberen Rand der Verteilung spielen Aktien- und Unternehmensbesitz eine wesentliche Rolle (Deutsche Bundesbank 2016). Für das Vermögen ist die Datenlage schlechter als für das Einkommen, und deshalb sind Vergleiche (auf Mikroebene, also bezogen auf Haushalte und Personen) über die Zeit rar.⁷ Allerdings lässt sich sagen, dass hierzulande die Vermögensungleichheit seit einem Jahrzehnt unverändert hoch ist – der Gini-Koeffizient liegt im Jahr 2012 bei über 0,7 und ist im europäischen Vergleich einer der höchsten (ebd.; Tiefensee 2017).⁸ Eine Zuschätzung des oberen Rands erhöht die Ungleichheit weiter (Westermeier/Grabka 2015).

Das Muster der Vermögensverteilung ist zwischen Ost- und Westdeutschland auch heute noch sehr unterschiedlich (*Abbildung 3*). Der Median liegt in Ostdeutschland im Jahr 2012 bei einem Pro-Kopf-Vermögen von 8080 €, im

6 Direkte Ansätze zur Messung von Armut, wie etwa das Lebenslagenkonzept, betrachten demgegenüber die tatsächliche Ausstattung eines Haushalts in bestimmten Dimensionen – meist sind dies neben Einkommen und Vermögen auch Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und Wohnen (Groh-Samberg 2009).

7 Eine Zeitreihe auf Makroebene (also bezogen auf die gesamte Volkswirtschaft) für Deutschland findet sich bei Piketty (2014).

8 Anwartschaften an die öffentliche Rentenversicherung sind Vermögen in einem weiteren Sinne, da diese nicht liquidiert werden können, sondern erst bei Renteneintritt zu monatlichen Rentenzahlungen führen. Eine Einbeziehung der zukünftigen Anwartschaften würde zu einem Gini-Koeffizienten von knapp 0,6 führen (Bönke et al. 2016).

Westen sind es hingegen 21 200 €. Im Westen besitzen die vermögendsten 10 % der Bevölkerung mindestens doppelt so viel Vermögen wie im Osten.

Vermögen wird entweder durch eigene Sparleistungen oder durch empfangene Erbschaften und Schenkungen aufgebaut – letztere stellen sogenanntes leistungsloses Einkommen dar. Aktuell ist rund ein Drittel des Vermögens in Westdeutschland auf Erbschaften oder Schenkungen zurückzuführen; betrachtet man nur die Haushalte, die bereits eine Erbschaft oder Schenkung erhalten haben, steigt dieser Wert auf über 50 % (Westermeier et al. 2016).⁹ Die Chance, eine (hohe) Erbschaft zu machen, steigt dabei mit der Höhe des Haushaltseinkommens, was auf eine niedrige intergenerationale Mobilität schließen lässt; die Elterngeneration hatte also ebenfalls hohe Einkommen und deshalb gute Voraussetzungen, Vermögen aufzubauen. Im Verhältnis zum bereits vorhandenen Vermögen der erbenden Haushalte sinkt die Relevanz der Erbschaft bzw. Schenkung mit steigendem Einkommen, das heißt, dass die erbenden Haushalte bereits selbst ein eigenes (hohes) Vermögen angespart haben (ebd.). Dies erklärt auch den Befund einiger Studien, wonach die (relative) Vermögensungleichheit durch Erbschaften und Schenkungen sinken kann (Bönke et al. 2017; Frick et al. 2010).

In den kommenden Jahren werden Erbschaften und Schenkungen in Höhe von jährlich rund 400 Milliarden Euro erwartet (Tiefensee/Grabka 2017). Ostdeutsche Haushalte vererben und verschenken weniger Vermögen als westdeutsche (Braun et al. 2011). Ob bzw. wann es zu einer Angleichung der Vermögensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland kommt, ist deshalb aktuell noch völlig unklar.

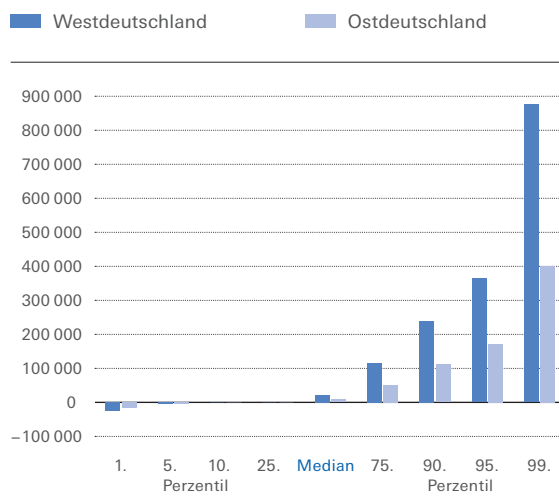
4 Schlussfolgerungen

Was bleibt vor dem Hintergrund der oben referierten Entwicklungen zu tun? Auf wissenschaftlicher Seite gilt es, die Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen weiterhin kontinuierlich zu dokumentieren und die Treiber dieser Entwicklungen noch umfassender zu beleuchten. Zudem muss detaillierter untersucht werden, welche Auswirkungen große bzw. schnell ansteigende materielle Ungleichheiten auf eine Gesellschaft haben. Erkenntnisse wie die, dass zunehmende Einkommensungleichheit ein verringertes Wirtschaftswachstum bewirken kann, da untere Einkommensschichten nicht mehr genug Geld in die (Aus-)Bildung ihrer Kinder investieren können, sind bereits belegt (Cingano 2014) – im Bereich des Vermögens fehlen zu Folgen ausgeprägter Ungleichverteilung aber noch fundierte empirische Erkenntnisse. Des Weiteren muss die Verbesserung der Datenlage hohe Priorität haben, denn die ausgewerteten Daten bilden (häufig)

ABBILDUNG 3

Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland, 2012

Angaben in Euro



Quelle: Grabka/Westermeier (2014)

WSI Mitteilungen

die Grundlage für Politikentscheidungen. Gerade über den oberen Rand der Verteilung sowie über Erbschaften und Schenkungen wissen wir aktuell noch viel zu wenig. Bessere Daten zu hohen und höchsten Einkommen ließen sich mittelfristig durch die Verknüpfung prozessproduzierter Daten, etwa aus den Finanzverwaltungen, mit Surveys wie dem SOEP erreichen. Auch die Einführung eines speziellen Moduls zu Vermögens- und Einkommensreichtum in den Mikrozensus als der größten Bevölkerungsumfrage in Deutschland wird in diesem Zusammenhang in der Forschung diskutiert (ZEW 2015). Zudem sollten in der Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik alle erfassten Meldungen zur Höhe der Erbschaften bzw. Schenkung ausgewiesen werden, auch wenn es zu keiner Steuerveranlagung kommt (Tiefensee/Grabka 2017).

Auf der politischen Seite ergibt sich vor dem beschriebenen Hintergrund vielfacher Handlungsbedarf. Wir wollen zwei Ansatzpunkte herausgreifen, die zentral sind, wenn es darum geht, materielle Ungleichheiten stärker einzuebnen und für mehr sozialen Ausgleich zu sorgen: Arbeitsmarktreformen und Steuerreformen, die das Steuersystem progressiver machen.¹⁰ (1) Eine stärkere Tarifbindung auf dem Arbeitsmarkt senkt die Lohnspreizung und hilft damit insbesondere den unteren und mitt-

⁹ Für Ostdeutschland liegen keine vergleichbaren Zeitreihen vor.

¹⁰ Zu weiteren Handlungsoptionen zur Reduzierung von Ungleichheit siehe auch Gross/Hoffer in diesem Heft.

leren Einkommensgruppen. Gleichzeitig enthält sie ein stark solidarisches Element, da auch schwächere Beschäftigte von der Verhandlungsmacht der stärkeren profitieren (Bosch/Kalina 2017). Ein wirksamer Schritt in diese Richtung ist es, Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen auszuweiten. Des Weiteren würden untere Einkommensschichten von einer konsequenten Durchsetzung und einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns profitieren. (2) Die steuerliche Progression war im Laufe der letzten Jahre rückläufig (Bach et al. 2016). So wurde unter anderem Mitte der 1990er Jahre die Vermögensteuer ausgesetzt, und seit den 2000er Jahren wurde der Spitzensteuersatz für Einkommen mehrfach reduziert. Erst kürzlich wurden dann noch hohe (Unternehmens-) Erbschaften faktisch von der Steuer befreit. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden: Eine stärkere steuerliche Belastung hoher und vor allem höchster Einkommen und Vermögen bzw. Erbschaften reduziert nicht nur materielle Ungleichheiten, ein solcher Schritt schafft auch Investitionsspielräume. Kombiniert mit weiteren Lohn- und Sozialpolitiken können diese Maßnahmen materielle Ungleichheiten wirksam verringern und damit Chancengleichheit in Deutschland fördern. ■

LITERATUR

- Bach, S. / Beznoska, M. / Steiner, V.** (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 114
- Becker, I. / Hauser, R.** (2003): Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998, Berlin
- Biewen, M. / Juhasz, A.** (2012): Understanding rising inequality in Germany, 1999/2000–2005/06, in: *Review of Income and Wealth* 58 (4), S. 622–647
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)** (2001): Lebenslagen in Deutschland – Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- BMAS** (2008): Lebenslagen in Deutschland – Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- BMAS** (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- BMAS** (2017): Lebenslagen in Deutschland – Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- BMGS (Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung)** (2005): Lebenslagen in Deutschland – Der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Bönke, T. / Grabka, M. M. / Schröder, C. / Wolff, E. N. / Zyska, L.** (2016): The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany, SOEP-Papers 853, Berlin
- Bönke, T. / von Werder, M. / Westermeier, C.** (2017): How inheritances shape wealth distributions: An international comparison, in: *Economics Letters* 159, S. 217–220
- Bosch, G. / Kalina, T.** (2017): Kein Grund zur Entwarnung! Ungleichheit nimmt weiter zu, und ihr Niveau ist nicht akzeptabel, in: *ifo Schnelldienst* 24 (10), S. 22–26
- Braun, R. / Pfeiffer, U. / Thomschke, L.** (2011): Erben in Deutschland – Volumen, Verteilung und Verwendung, Deutsches Institut für Altersvorsorge, Köln
- Burauel, P. / Caliendo, M. / Fedorets, A. / Grabka, M. / Schröder, C. / Schupp, J. / Wittbrodt, L.** (2017): Mindestlohn noch längst nicht für alle – Zur Entlohnung anspruchsberechtigter Erwerbstätiger vor und nach der Mindestlohnreform aus der Perspektive Beschäftigter, in: *DIW-Wochenbericht* 49/2017, S. 1109–1123
- Cingano, F.** (2014): Trends in income inequality and its impact on economic growth, OECD Social, Employment and Migration Papers 163, Paris
- Deutsche Bundesbank** (2016): Household wealth and finances in Germany: results of the 2014 survey, Monthly Report March 2016, Frankfurt a. M.
- Dustmann, C. / Ludsteck, J. / Schönberg, U.** (2009): Revisiting the German wage structure, in: *The Quarterly Journal of Economics* 124 (2), S. 843–881
- Eichhorst, W. / Arni, P. / Buhlmann, F. / Isphording, I. / Tobsch, V.** (2015): Wandel der Beschäftigung: Polarisierungstendenzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit: IZA Research Report 8, Bonn
- Frick, J. R. / Grabka, M. M. / Hauser, R.** (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland, Berlin
- Goebel, J. / Krause, P.** (2016): Angleichung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland, <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226281/angleichung-der-einkommen-in-ost-und-westdeutschland> (letzter Zugriff 20. 06. 2018)
- Grabka, M. M. / Goebel, J.** (2013): Rückgang der Einkommensungleichheit stockt, in: *DIW-Wochenbericht* 46/2013, S. 13–23
- Grabka, M. M. / Goebel, J.** (2017): Einkommensverteilung und Armutsrisiko, in: *DIW-Wochenbericht* 4/2017, S. 71–82
- Grabka, M. M. / Goebel, J.** (2018): Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen, in: *DIW-Wochenbericht* 21/2018, S. 450–459
- Grabka, M. M. / Schröder, C.** (2018): Ungleichheit in Deutschland geht bei Stundenlöhnen seit 2014 zurück, stagniert aber bei Monats- und Jahreslöhnen, in: *DIW-Wochenbericht* 9/2018, S. 158–166
- Grabka, M. M. / Westermeier, C.** (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: *DIW-Wochenbericht* 9/2014, S. 151–164
- Grave, B. S. / Schmidt, C. M.** (2012): The dynamics of assortative mating in Germany, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung: Ruhr Economic Papers 346, Essen
- Groh-Samberg, O.** (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden
- Horn, G. A. / Behringer, J. / Gechert, S. / Rietzler, K. / Stein, U.** (2017): Was tun gegen die Ungleichheit?, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: IMK-Report 129/2017, Düsseldorf
- Milanovic, B.** (2016): *Global inequality: A new approach for the age of globalization*, Cambridge

OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) (2013a):

OECD Guidelines for micro statistics on household wealth, Paris

OECD (2013b): Employment outlook, Paris

Peichl, A. / Pestel, N. / Schneider, H. (2012): Does size matter? The impact of changes in household structure on income distribution in Germany, in: Review of Income and Wealth 58 (1), S. 118–141

Pestel, N. / Sommer, E. (2016): Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland, Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut zur Zukunft der Arbeit: IZA Research Report 73, Bonn

Piketty, T. (2014): Capital in the twenty-first century, Cambridge

Rehm, M. / Schmid, K. / Wang, D. (2014): Why has inequality in Germany not risen further after 2005?, Society for the Study of Economic Inequality: ECINEQ Working Paper 333, o. O. (Verona)

Spannagel, D. (2013): Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen, Wiesbaden

Spannagel, D. (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI-Verteilungsbericht 2015: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI Report 26/2015, Düsseldorf

Spannagel, D. / Schmid, K. D. (2015): Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, in: Bofinger, P. / Horn, G. A. / Schmid, K. D. / van Treeck, T. (Hrsg.): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage, o. O., S. 253–272

Spitzenpfeil, M. / Andreß, H.-J. (2014): Ist der Anstieg der westdeutschen Einkommensungleichheit auf die Zunahme bildungshomogener Partnerschaften zurückführbar? Eine Dekompositionsanalyse auf Basis des SOEP (1985–2011), in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 66 (4), S. 575–601

Tiefensee, A. (2017): Wie lange reicht das Vermögen bei Einkommensausfall? WSI-Verteilungsbericht 2017, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI-Report 37/2017, Düsseldorf

Tiefensee, A. / Grabka, M. M. (2017): Das Erbvolument in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen, in: DIW-Wochenbericht 27/2017, S. 565–570

Unger, B. / Bispinck, R. / Pusch, T. / Seils, E. / Spannagel, D. (2013): Trendwende noch nicht erreicht. WSI-Verteilungsbericht 2013, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: WSI Report 10/2013, Düsseldorf

Wagner, G. G. / Goebel, J. / Krause, P. / Pischner, R. / Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohor-

tenstudie für Deutschland – eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender), in: Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 4/2008, S. 301–328

Westermeier, C. / Grabka, M. M. (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 7/2015, S. 123–133

Westermeier, C. / Tiefensee, A. / Grabka, M. M. (2016): Erbschaften in Europa: Wer viel verdient, bekommt am meisten, in: DIW-Wochenbericht 17/2016, S. 375–386

ZEW (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) (2015): Möglichkeiten zur Verbesserung der statistischen Datengrundlage zur Beschreibung höchster Einkommen und Vermögen. Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mannheim

AUTORINNEN

ANITA TIEFENSEE, Dr., war bis Juli 2018 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Soziale Ungleichheit, Mobilität und Verteilung“ im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Seit September 2018 Referentin für Sozial- und Teilhabeforschung beim Paritätischen Gesamtverband.

@ anita.tiefensee@paritaet.org

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., ist Referatsleiterin für „Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik“ im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: Empirische Armuts- und Reichtumsforschung, soziale Ungleichheit, Sozialpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung.

@ dorothee-spannagel@boeckler.de